abhängige Friedenspolitik abgetan, in klaren Worten aus, wo nach seiner Meinung der einzige Weg zur Rettung zu finden ist. Man wird sich nicht wundern, wenn man die Lösung des Rätsels vernimmt: Der Spartakusbund sieht für das deutsche Volk und für die ganze Welt kein andres Heil als die Herrschaft des Spartakusbundes, der kommunistischen, bolschewistischen Grundsätze wie bisher in Rußland und Ungarn so jetzt in Deutschland und Oesterreich und später in Frankreich und England. Das ganze Dokument ist erfüllt von dem starken Glauben an die soziale Weltrevolution, die binnen Kürzester Zeit aus den Trümmern der im Kriege zugrunde gegangenen kapitalistischen Gesellschaft eine neue Ordnung schaffen werde.

Das ist ein Programm, an dem man nicht achtlos vorübergehen kann, sondern mit dem man sich auseinandersetzen muß. Zusammenfassend kann man von ihm wohl sagen, daß es eine bewundernswerte Logik im luftleeren Raum entfaltet, und daß es vollkommen richtig ist, abgesehen davon, daß es mit der Welt der wirklichen Tatsachen gar nichts zu tun hat. Oder läßt sich die soziale Revolution in allen Ländern der Welt über Nacht vollziehen, noch sind die Schüler der russischen Bolschewiki, die deutschen Spartakisten oder Kommunisten, imstande, die ungeheuren Probleme der sozialen Revolution zu meistern. Der Idealismus einiger Führer kann es nicht verhindern, daß sich bei allen Aktionen der Spartakisten Dilettantismus, Verrücktheit und Verbrechertum ein Stelldichein geben. Jede dieser spartakistischen Aktionen hat als Farce begonnen, um als Tragödie zu enden. Der Gedanke, man könne die kapitalistische Gesellschaft im Handumdrehen zu einer sozialistischen verwandeln und man könne dieses Wunderwerk sogar mit wirtschaftlich ganz ungeschulten Kräften vollbringen, ist eben blanker Wahnsinn.

Der Spartakusbund wird sich nun freilich durch Argumente nicht überzeugen lassen. In seinen Leitsätzen kündigt er eine „aktive revolutionäre Politik" an, und es ist wahrscheinlich, daß die Versuche, diese Absichten auszuführen, nicht lange auf sich warten lassen werden. Nach wie vor, und in Zukunft vielleicht mehr denn je, müssen wir mit dem Vorhandensein einer putschistischen Bewegung rechnen, die darauf ausgeht, die bestehende Regierung gewaltsam zu beseitigen und ihre eigenen Führer an ihre Stelle zu setzen. Zu dieser Bewegung muß man klar Stellung nehmen. Feiges Herumreden ist es, wenn man das Vorhandensein einer gewaltsam vorgehenden Bewegung leugnet und alle sich daraus ergebenden Konflikte aus der Ungeschicklichkeit der Regierung zu erklären versucht. So oft die Kommunisten erklären, daß sie daran arbeiten, sich selber gewaltsam an die Spitze der Macht zu bringen, so oft müssen wir ihnen antworten, daß wir ihre Bestrebungen für verhängnisvoll, ja geradezu wahnwitzig halten und daß unsre Ueberzeugung uns verpflichtet, sie mit allen Kräften zu bekämpfen. Die Kommunisten suchen die Rettung des deutschen Volkes dort, wo nach unsrer unerschütterlichen Ueberzeugung nur der völlige Untergang lauert. Sie vermehren durch ihren Wahnglauben die Gefahren, mit denen unser Volk zu kämpfen hat bis zu dem Punkt, an dem auch die letzte Hoffnung erlischt. Sie glauben, die Sterne greifen zu können und jagen Irrlichtern nach, die sicher dem Sumpf tanzen.

Das Programm des Spartakusbundes wirkt sympathisch durch seine Offenheit, es hebt sich in dieser Beziehung höchst vorteilhaft von den verderbten und verschraubten Debattierreden der Unabhängigen ab. Die Unabhängigen aber sehen sich wieder einmal in peinlicher Mitte zwischen zwei unvermittelten Gegensätzen, sie werden weiter laborieren und vergeblich wird die Aufforderung an sie bleiben, klar Stellung zu nehmen und Farbe zu bekennen.

Kapitalistische Vaterlandsliebe.

Seit dem Siege der Revolution in Deutschland haben, so heißt es, wir im Vorwärts, die Kapitalisten mit einer schweren feierlichen Bedrohung ihrer Vermögenswerte und ihres Einkommens zu rechnen.

Im Bahnwagen und im Motorboot, im Auto und durch die Luft wandert deutsches Kapital ins Ausland. Die Aufsicht der Grenzbehörden versagt so gut wie ganz. Kenner der Verhältnisse sprechen von Bestechungen großen Umfangs. Für den Kapitalschmuggel müssen Einrichtungen von bester Organisation geschaffen sein. Als normaler Provisionssatz für den gelungenen Schmuggel werden etwa sechs Prozent der geretteten Summe bezeichnet.

Ganz vorsichtige Herrschaften rechnen bereits mit der Möglichkeit, daß die Entente zur Erfüllung des Friedensvertrags sich an der Suche nach dem Besitze deutscher Kapitalisten im Auslande beteiligen und sie entsprechend schröpfen werde. Deshalb ist das Verfahren beliebt, die der Besteuerung in Deutschland entzogenen Kapitalien draußen einem Ausländer als dessen angeblich persönliches Eigentum zu treuen Händen zu übergeben. Solche Adressen sind gesucht. Allzu wählerisch und ängstlich ist man dabei nicht. Dem steuerscheuen Kapitalisten, der ja auf jeden Fall nicht alles einem anvertraut, ist es schließlich gleichgültig, ob er große Summen an einen unredlichen Ausländer oder an die Steuerkassen seines verarmten Vaterlandes „verliert".

Nicht immer haben wir zugleich mit dem ins Ausland gewanderten Kapital auch den Verlust des Kapitalisten selbst zu beklagen. Zwar manche ziehen vor, die weitere Vermehrung ihres Vermögens in einem Lande zu betreiben, das einstweilen von der Sozialisierung und von scharfen Besitzsteuern weniger „bedroht" ist. Andre aber geben uns den Vorzug, in unserm Lande zu bleiben und etwa in folgender Weise ihre tatsächlich im Inlande erzielten Gewinne der deutschen Steuergesetzgebung zu entziehen.

Es wird mit, sagen wir 10 Millionen Mark, die nach Holland gerettet sind, dort eine Gesellschaft für den Export nach Deutschland gegründet. Sie errichtet in Deutschland sofort eine Filiale. Dieser Filiale werden die Waren aus Holland zu so hohen Preisen geliefert, daß sie nennenswerte Gewinne nicht erzielen kann, mithin für die Versteuerung in Deutschland so gut wie nichts übrig bleibt. Das ist kein fingierter, sondern ein tatsächlicher Fall. In der Gründungsversammlung überboten sich die Zeichner und waren froh, wenn ihnen weitere „Gelegenheiten" nachgewiesen wurden. Die Buchführung versagt bei solchen Schiebungen für die Steuerbehörde vollkommen. Die Gesellschaft ist im Auslande legal eingetragen. Die Rechnungen für die deutsche Filiale sind korrekt und auch beim besten Willen läßt sich kein höherer Gewinn für deutsche Steuerzwecke errechnen.

Deutsches Kapital für solche Gesellschaften ist natürlich leicht zu haben, denn das Geld ist im Auslande sicher, es arbeitet mit gutem Nutzen und sein Gewinn ist der deutschen Besteuerung entrückt. Der einzelne Kapitalist ist auf diese Weise gerettet, Deutschland aber wird schwer geschädigt.

Daß gegen die gerissenen und gewiegten Geschäftemacher jede Behörde nur schwer aufkommen kann, wissen wir. Wer Vorwürfe erhebt, ist zugleich zu besseren Vorschlägen verpflichtet. Aber wissen möchten wir, die wir im Lande wegen dieser Verhältnisse heftig angegriffen werden, endlich einmal, was gegen die Verschleppung deutschen Kapitals geschehen ist oder noch geschehen kann. Die Geheimhaltung etwaiger Maßnahmen ist wohl kaum notwendig. An geschäftlicher Gerissenheit sind uns alle diese Kapitalisten so überlegen, daß man ihnen schwerlich neue Hinterziehungen verbieten kann.

Wer sich gegen die unser Wirtschaftsleben zerwühlenden linksradikalen Aktionen wendet, solle nie vergessen, wie die „Masse" der Kapitalisten mit nicht zu überbietender Gewissenlosigkeit auf die Verarmung Deutschlands hinarbeitet. Wehe uns, wenn sich — sei es auch zu Unrecht — in den breiten Schichten die Meinung festsetzt, wir hätten über dem Kampf gegen die Plünderer aus den Kaschemmen die großen und größten Verbrecher aus Salons und aus Bankkontoren vergessen.

Die Lederbewirtschaftung.

Der Ausschuß der Nationalversammlung für Wirtschaftsfragen behandelte in den letzten Tagen eingehend die Frage der Lederbewirtschaftung. Während der Berichterstatter, Abgeordneter Bergmann (Zentr.) eine Eingabe von Lederindustriellen, betreffend freie Einfuhr von rohen Häuten, Fellen und Gerbstoffen, zur Berücksichtigung empfahl, stellte sich der Mitberichterstatter, Abgeordneter Molkenbuhr (Soz.), auf den entgegengesetzten Standpunkt. Reichswirtschaftsminister Wissell betonte, daß die Petition die grundsätzliche Frage aufrolle: Förderung des Gemeinwohls oder Förderung von Einzelinteressen? Bei der Wirtschaftslage sei es nicht möglich, die Außenhandelsbeziehungen auf einem so wichtigen Gebiete dem freien Ermessen der Interessenten zu überlassen. Freies Schalten und Walten würde zwar einigen kapitalkräftigen Firmen Nutzen bringen, aber die Mehrzahl der mittleren und kleineren Unternehmungen zugrunde richten. Auch die Verbraucher würden empfindlich geschädigt werden. Wenn man sogar nicht davor zurückgeschreckt sei, ihm und seinen Mitarbeitern vorzuwerfen, daß sie wegen eigener persönlicher Vorteile die gebundene Wirtschaft beibehalten wollten, so prallten solche Angriffe an ihm ab. Er bedaure aber, einen solchen Grad der Verhetzung durch Leute, die ihre Privatinteressen selbst auf Kosten der wirtschaftlichen Ordnung durchsetzen wollten. Seit Beginn des Jahres seien Einfuhrgenehmigungen für größere Mengen an Rohstoffen erteilt worden, als nach dem Urteil Sachverständiger zur Zeit auf den maßgebenden Auslandsmärkten überhaupt greifbar seien. Inzwischen seien weitere Erleichterungen vorbereitet durch die Bildung einer Außenhandelsstelle für die Lederwirtschaft. Auch in der Binnenwirtschaft sei die gebundene Lederwirtschaft unentbehrlich im Interesse der kleinen und mittleren Fabrikanten, der Arbeiter und der Verbraucher. Was von einer freien Wirtschaft zu erwarten sei, zeigten die Vorgänge nach Aufhebung der Beschlagnahme gewisser Arten von Kleintierfellen: Aufkauf fast des gesamten Gefellcs durch einen Großbetrieb und sprunghaftes Aufschnellen der Preise um Tausende Prozente. Das sei der Segen der Freiheit. Die Reichsledersteile wirke dem Schleichhandel kräftig entgegen. Bei der Bekämpfung der Uebertretungen hätten die Arbeiterräte mit anerkennenswertem Erfolge mitgewirkt. Wenn er auch eine gebundene Wirtschaft für notwendig halte, so wolle er damit nicht die bisherige Form der Zwangswirtschaft für Leder unbedingt billigen. Er werde mit aller Energie auf Verbesserungen hinarbeiten. Sache der beteiligten Kreise sei es, ihn dabei zu unterstützen. — In der Debatte äußerten sich die Abgeordneten Allekotte (Zentr.), Dr. Hugo (D. Vp.) und Dr. Petersen (Dem.) im Sinne der Eingabe, während die Abgeordneten Simon, Franken (U. Soz.) und Bahr (Dem.) die Beibehaltung der Zwangswirtschaft empfahlen. Nachdem am zweiten Tage der Debatte ein Zentrumsantrag eingegangen war, der im Sinne der Eingabe gehalten war, wurde auf Antrag des Abgeordneten Hermann, Württemberg (Dem.), die Frage zunächst von der Tagesordnung abgesetzt, um den Fraktionen Gelegenheit zur Stellungnahme in dieser überaus wichtigen Angelegenheit zu geben.

Tagung der unteren Postbeamten.

Auf der Tagung des Verbandes der unteren Postbeamten wurden folgende Entschließungen einstimmig angenommen:

1. Die am 24. März 1919 von der preußischen Staatsregierung herausgegebenen Richtlinien für Beamtenausschüsse müssen von der gesamten Beamtenschaft als ein Schlag ins Gesicht empfunden werden. Die untere Postbeamtenschaft ist entschlossen, sich an der Bildung so gearteter Ausschüsse nicht zu beteiligen.

An die gesetzgebenden Versammlungen richten wir die ebenso entschiedene wie dringende Forderung, dem einmütigen Wunsche der Beamtenschaft nach dem Mitbestimmungsrecht an ihrem Geschick bald und restlos Folge zu geben. Ferner:

2. Der Verbandstag wolle beschließen, beim Reichspostministerium dahin zu wirken, daß diejenigen Kollegen der Schaffnerklasse, welche ihre Oberschaffnerprüfung unter dem alten Regime erfolglos gemacht haben, nunmehr noch einmal zugelassen werden.

3. Der Verbandsvorstand wird beauftragt, bei dem R.-P.-M. dahin zu wirken, daß der Bahnpostbegleitdienst nach und nach den unteren Beamten völlig übertragen wird.

Dieses soll dadurch geschehen, daß in der Zukunft neue Arbeitskräfte für den Bahnpostbegleitdienst nur aus den Kreisen der unteren Beamten entnommen werden.

4. Der Verbandstag fordert den Verbandsvorstand auf, nach Abschluß der Friedensverhandlungen die baldige Neuregelung der Gehaltsverhältnisse und die Umgestaltung der Personalordnung mit allem Nachdruck zu betreiben.

Die Gehaltssätze sind so zu gestalten, daß jedem unteren Beamten das zum Lebensunterhalt notwendige Mindesteinkommen gesichert ist.

Die Personalordnung ist so umzugestalten, daß dem unteren Beamten die Zulassung zu allen höheren Stellen offen steht, soweit er den Befähigungsnachweis für diese Stellen erbringen kann.

Im übrigen steht der Verbandstag auch heute noch auf dem Boden der Denkschrift des Verbandes vom Jahre 1917 und erwartet vom Verbandsvorstand, daß er auf Grund der dort niedergelegten Leitsätze die Interessen der unteren Beamten wahrnimmt.

Die Entente über Deutschlands Wirtschaftsnöte.

Die deutsche Friedensabordnung hat am 22. Mai abends eine Note erhalten, worin es unter anderm heißt:

1. Die verbündeten und assoziierten Mächte haben den Bericht der durch die deutsche Regierung zur Prüfung der wirtschaftlichen Bedingungen des Friedensvertrags eingesetzten Kommission erhalten und sorgfältig geprüft. Dieser Bericht scheint ihnen die grundlegenden Prinzipien zu verkennen, die die aufzuerlegenden Bedingungen erklären und rechtfertigen.

2. Die deutsche Note erklärt, daß die industriellen Kraftquellen Deutschlands vor dem Kriege zur Deckung des Bedarfs seiner Bevölkerung von 67 Millionen Einwohnern nicht genügten, und sie stellt es so dar, als entspräche diese Ziffer der Bevölkerungszahl, für die Deutschland mit verminderten Kraftquellen wieder in Zukunft weiter sorgen müsse. Das ist nicht der Fall. Die gesamte Bevölkerung Deutschlands wird um etwa sechs Millionen Seelen vermindert werden.

3. Die deutsche Note klagt darüber, daß man von Deutschland die Abtretung seiner vorhandenen oder im Bau befindlichen Handelstonnage sowie ein Vorkaufsrecht auf seine Schiffsbauten während einer bestimmten Anzahl von Jahren verlangt. Als teilweiser Ersatz von 12 750 000 von Deutschland versenkten Tonnen beabsichtigt man vier Millionen Tonnen deutscher Schiffe zu übertragen, mit andern Worten, die Schiffe, die man Deutschland wegzunehmen beabsichtigt, stellen weniger als den dritten Teil der Tonnage dar, die auf diese nicht zu rechtfertigende Weise zerstört worden ist.

4. Die Note betont nachdrücklichst die Absicht, Deutschland im Osten Gebiete zu entziehen, die besonders für die Erzeugung von Getreide und Kartoffeln in Betracht kommen. Das ist richtig, aber es hindert nichts in den Friedensbedingungen die Fortsetzung dieser Art von Bodenkultur in den betreffenden Gegenden oder verbietet die Einfuhr dieser Erzeugnisse nach Deutschland. Im Gegenteil ist die Zollfreiheit dieser Erzeugnisse aus den Ostgebieten für die Dauer von drei Jahren vorgesehen.

5. In der Note wird besonders Nachdruck auf die beabsichtigte Einschränkung der Einfuhr von Phosphaten gelegt. Es wird jedoch außer acht gelassen, daß Deutschland die Phosphate, deren es bedarf, niemals selbst erzeugt, sondern stets eingeführt hat.

6. Die deutsche Note beschwert sich besonders darüber, daß man Deutschland seine Kohlen wegnehme und behauptet, daß Deutschland fast ein Drittel der Erzeugung der bestehenden Kohlengruben verliere. Die Note unterläßt aber, zu bemerken, daß ein Viertel des deutschen Kohlenverbrauchs vor dem Kriege in den Gebieten stattfand, deren Uebertragung jetzt beabsichtigt ist.

7. Es darf nicht vergessen werden, daß zu der ungerechtfertigten Verheerung, die die deutschen Armeen während des Krieges begangen haben, die fast vollständige Zerstörung der Kohlenschächte in Nordfrankreich kommt. Die Folge davon ist ein langwährender und ernster Mangel an Kohlen in Westeuropa. Es gibt gerechterweise keinen Grund dafür, daß Deutschland, das mutwillig dieses Defizit verschuldet hat, es nicht mit vollem Maße seiner Kräfte ausgleicht.

8. Die Note hebt ebenfalls die Schwierigkeiten hervor, die für Deutschland dadurch verursacht werden, daß es in Zukunft Eisenerz und Zinn einzuführen genötigt ist. Es wäre ein grundsätzlicher Irrtum, zu glauben, daß es notwendig sei, die politische Souveränität aufzuheben, um sich in einem Lande einen angemessenen Prozentsatz der Erzeugung zu sichern.

9. Die verbündeten und assoziierten Mächte können die Betrachtungen nicht anerkennen, die die deutsche Note bezüglich der Zukunft der deutschen Industrie im allgemeinen enthält. Es wird die Tatsache nicht berücksichtigt, daß die wirtschaftliche Katastrophe, die der Krieg verursacht hat, sich auf die ganze Welt erstreckt.

10. Ferner versucht die deutsche Note zu beweisen, daß die Auswanderung aus Deutschland notwendig sein wird, daß aber wenige Länder diese Auswanderer aufnehmen werden. Es wäre unrichtig, zuviel Gewicht auf diese Mutmaßung zu legen.

11. Schließlich behauptet die deutsche Note leichtfertig, daß die Friedensbedingungen logischerweise den Tod mehrerer Millionen Menschen in Deutschland außer denen nach sich ziehen würden, die im Kriege gestorben sind oder die man als Opfer der Blockade hinstellt. Diese Verlustziffern, die durch unsre Blockade verursacht worden sind, beruhen auf reinen Vermutungen. Deutschlands Gebiet hat während des Krieges weniger gelitten, als das irgendeines andern kriegführenden europäischen Staates. Die unversehrten Kraftquellen, die ihm in Verbindung mit seiner Einfuhr bleiben, würden seiner Wiederherstellung genügen.

12. Die deutsche Antwort berücksichtigt auch nicht die großen Erleichterungen, die Deutschland für seine Wiederherstellungsbestrebungen durch die zwangsweise Einschränkung seiner künftigen militärischen Rüstung bewiesen werden.

13. Aber die erste Bedingung für diese Wiederherstellung scheint zu sein, daß Deutschland die gegenwärtige Weltlage anerkennt, an deren Schaffung es zum größten Teil beteiligt war. Alle Nationen Europas haben Verluste erlitten und werden lange noch Lasten tragen müssen, die für sie fast zu schwer sind. Es ist gerecht, daß Deutschland als die Ursache dieses Unglücks es nach dem vollen Maße seiner Mittel wieder gutmacht.

General Haller.

Nach übereinstimmenden Nachrichten aus Ostgalizien gehen die Truppen der Armee Haller auf das rücksichtsloseste gegen die ukrainische und jüdische Bevölkerung vor. Das Standrecht wurde verhängt, bei der Armee wurden besondere Strafabteilungen gebildet, die ihre „Tätigkeit" bereits begonnen haben. Die polnischen Armeen machen sich andauernd schwerer Verfehlungen gegen die zwischen der deutschen und der polnischen Regierung getroffenen Vereinbarungen schuldig und streben mit allen Mitteln eine Polonisierung der in Frage kommenden Gebiete an.

Zum kommissarischen Landeshauptmann der Provinz Posen hat der oberste polnische Volksrat den Rechtsanwalt Woczynski ernannt.

Tschitscherin über den Friedensvertrag.

Der Iswestija zufolge äußerte sich der russische Volkskommissar des Auswärtigen, Tschitscherin, über den Versailler Friedensvertrag in folgender Weise:

„Dieser Vertrag ist kein Friedensvertrag, sondern die Fortsetzung des Krieges. Er schafft eine Lage, die dem Kriege völlig gleichkommt. Uebrigens ist dies das Ziel, welches sich die Verfasser des Vertragsentwurfs gesteckt haben: nämlich den Kriegszustand zu verewigen, um die Arbeiterbewegung besser zu bekämpfen. Tatsächlich kann die gegenwärtige Oligarchie ihre Herrschaft nur aufrechterhalten, indem sie die Arbeiter der verschiedenen Länder gegeneinander ausspielt." Ueber die Gesellschaft der Nationen drückte sich Tschitscherin folgendermaßen aus: „In Wirklichkeit ist diese Gesellschaft nur eine erweiterte Koalition. Sie ist keineswegs ein Organ des Friedens, den zu schaffen die Imperialisten offenbar unfähig sind. Diese Koalition selbst kann nicht andauern; sobald sie mit der Wirklichkeit in Berührung treten wird, wird sie sich von selbst auflösen; denn diese Gesellschaft der Nationen ist nur eine demagogische Formel, dazu bestimmt, die Koalition gegen Deutschland, die man verewigen möchte, zu verbergen. Die Gesellschaft der Nationen ist nur ein demagogisches Mittel, um den Patriotismus der Volksmassen der Entente aufzureizen. Die alte Welt ist nicht imstande, die Gegensätze, von denen sie zerrissen wird, zu unterdrücken, noch die Probleme zu lösen, die jetzt auftauchen."

Die aus Helsingfors stammende Nachricht, daß Admiral Kolschak von Lenin ein Waffenstillstandsangebot erhalten habe, hat noch keine sichere Bestätigung gefunden. Die Möglichkeit dazu ist auf jeden Fall gegeben.

Deutsches Reich.

Sozialisierung der Spandauer Heereswerkstätten.

Seit Freitag sind die Spandauer Heereswerkstätten auf neuer Grundlage eröffnet worden. Wie alle andern Staatsbetriebe, unterstehen die Spandauer Werkstätten jetzt der Hauptverwaltung der Reichsbetriebe, einer Neugründung im Reichsschatzamt, der alle Staatsbetriebe angegliedert werden sollen. Die Kontrolle dieser Behörde erstreckt sich jedoch nur auf grundsätzliche Fragen, Arbeiterrecht usw. Die technische Leitung hat Professor Schlesinger vorläufig übernommen, während die geschäftliche Leitung in den Händen des Dr.-Ing. Koch liegt. Die Werke sollen in vollem Sinne des Wortes sozialisiert und ganz auf sich gestellt werden. Der Betrieb löst sich also vollkommen von der bureaukratischen Leitung vorgesetzter Behörden los und arbeitet selbständig, lediglich nach den Prinzipien der Wirtschaftlichkeit. Es werden jetzt und auch in Zukunft nur so viel Arbeiter beschäftigt, als notwendig sind, um die eingehenden Aufträge auszuführen. Unter allen Umständen soll vermieden werden, daß die Werke nach vollendeter Umstellung, die etwa ein Jahr erfordert, noch irgendwelche Zuschüsse erfordern. Um den Arbeitern klar zu machen, daß unsinnige

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19190526/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG